

Mensching, Ulrike
Reuther, Bernd
Spitzley, Georg

Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
Polizeipräsidium Köln, KK 57
Katholisches Stadtdekanat Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Passavanti, Juliane

entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik

Arslan, Yadigar

entsandt von der Seniorenvertretung der
Stadt Köln (in Vertretung für Frau Ottenberg)

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise
Preuss, Kerstin
Richrath, Simon
Topp-Burghardt, Daniela
Wöhler, Carmen
Casser, Catherine

SPD-Fraktion (bis 15:55 Uhr)
CDU-Fraktion (in Vertretung für Herrn Bauer)
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
FDP-Fraktion

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich
Dopke, Theresia
Gast, Petra
Gross, Almut
Hildebrand, Andreas
Horstkotte-Löffelholz, Christoph
Krämer, Andrea

Kühne, Arno

Mahr, Frauke
Maurer, Olaf
Ruda, Marc
Sander-Marx, Sabine
Sinoplu, Ahmet
Saxler, Hans-Josef
Schäfer-Remmele, Uwe
Schmerbach, Cornelia

Schmidt, Wolfgang
Stettes, Fabian
Stutzer, Marvin
van Ooyen, Johannes
Walter, Regine
Welke, Ingrid
Welter, Sabine
Will, Bernd

Der Paritätische Köln e.V.
Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e.V.
Wir für Pänz e.V.
Jugendhilfe Köln e.V.
Kath. Jugendagentur Köln gGmbH
Kölner Spielewerkstatt e.V.
Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische
Bildung (in Vertretung für Frau Reichartz-Bock)
Evangelischer Kirchenverband Köln – Jugend-
pfarramt (in Vertretung für Herrn Drewes)
LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
Schulte-Schmelter-Stiftung
DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Ev. FBS Köln
Coach e.V.
Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.
(siehe auch stellvertr. stimmberechtigte Mitglieder)
Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Kath. Jugendagentur Köln gGmbH
Kölner Jugendring e.V.
ConAction e.V.
Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Rom e.V.
Kölner Jugendring e.V.
AG „Offene Tür (in Vertretung für Frau Empacher –
AWO Köln e.V.)

Verwaltung

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes
Glaremin, Stephan
milie

Dezernentin
Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Fa-
milie

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten

Haas, Thomas

entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender

Lehmann, Christiane

Handwerkerinnenhaus Köln e.V.

Malmen, Maria Elisabeth

Kinderzentrum Porz e.V.

Peters, Markus

SKM e.V. Köln

Piger, Jürgen

entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender

Dr. Zäschke, Wolfgang

Jugendhilfe und Schule e.V. - Jugendladen
Nippes Museum

Der Ausschussvorsitzende **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden, fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Frau Seeber vom Gesundheitsamt ist Ansprechpartnerin für Fragen zu TOP 8.5.3 „Ergänzung der Mitteilung 2768/2018 „Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmen des Integrationsbudgets“ zu den Maßnahmenempfehlungen Nr. 6 bis 8 und 10 (3515/2018)“.
- Herr Mießeler vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-),
- Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste (-511-),
- Frau Baars vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-),
- Herr Betz vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und –betreuung für Kinder (-513-),
- Frau Schäfer-Sikora vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Bezirksjugendämter (-515-).

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er Herrn Andrej Braun (Sportjugend Köln e.V.) und Herrn Dirk Lening (Polizei).

Als nächstes weist er auf die **Präsentation** „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018“ unter TOP 1.4.1 hin.

Er bittet um Kenntnisnahme der nachfolgend aufgeführten **Hinweise** zu den heutigen Vorlagen:

Tagesordnungspunkt 4.1 „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln – Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum (3067/2018)“ wird unmittelbar nach der Präsentation beraten und abgestimmt, gefolgt von den Tagesordnungspunkten 3.1 bis 3.9.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass die Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf die Bezirke durch die Änderung der Zuständigkeitsordnung ein Novum darstelle. Das Gesamtpaket, das in der heutigen Sitzung beraten werde, umfasse mehrere Millionen Euro, und sei Zeichen einer großen Verantwortung.

Die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 2.2.1 „Geänderte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Kindertageseinrichtungen in Köln (3264/2018)“ bedarf einer Ergänzung und wurde daher von der Verwaltung nach dem Versand *der offiziellen Einladung zurückgezogen*. Sie wird nach der Beratung im Integrationsrat in den Jugendhilfeausschuss eingebracht.

Die Beratungsergebnisse der **vorberatenden Gremien** liegen aus zu TOP 2.1.1 (2250/2018).

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Bürgermeister Dr. Heinen noch die Punkte z 1.4.1, 3.1 bis 3.9, 4.1 bis 4.2, zu 6.1.3, 7.1.1, 8.2.2, 8.4.1 bis 8.4.2, sowie 8.5.3 bis 8.5.4 auf die **Tagesordnung** aufzunehmen.

Dagegen von der Tagesordnung abzusetzen ist Vorlage 3264/2015 (TOP 2.2.1), da diese von der Verwaltung nach Aussprache der Einladung zurückgezogen wurde.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden. Dementsprechend ergibt sich die folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.4 Präsentationen

1.4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018

4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3067/2018

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Innenstadt zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3227/2018

3.2 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmen für den Stadtbezirk Rodenkirchen zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3229/2018

3.3 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Lindenthal zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3230/2018

- 3.4 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Ehrenfeld zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3233/2018
- 3.5 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Nippes zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3235/2018
- 3.6 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Chorweiler zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3237/2018
- 3.7 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Porz zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3239/2018
- 3.8 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Kalk zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3240/2018
- 3.9 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Mülheim zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3241/2018

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

- 2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Kindertagesstätte St. Josefshaus e.V."
2250/2018

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

. / .

2.3 Weitere Beschlüsse

. / .

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

Die Tagesordnungspunkte **3.1 bis 3.9** werden im Anschluss an Tagesordnungspunkt **4.1**, unmittelbar nach der Präsentation beraten und abgestimmt.

- 3.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Innenstadt zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3227/2018
- 3.2 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmen für den Stadtbezirk Rodenkirchen zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3229/2018
- 3.3 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Lindenthal zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3230/2018
- 3.4 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Ehrenfeld zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3233/2018
- 3.5 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Nippes zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3235/2018
- 3.6 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Chorweiler zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3237/2018
- 3.7 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Porz zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3239/2018
- 3.8 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Kalk zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3240/2018
- 3.9 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Mülheim zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3241/2018

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

Der Tagesordnungspunkt **4.1** wird unmittelbar nach der Präsentation unter Tagesordnungspunkt **1.4.1** beraten und abgestimmt.

- 4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3067/2018

- 4.2 Kooperation mit UNICEF Europe und UNICEF Deutschland zur Durchführung des Gipfels "International Child Friendly Cities" vom 15. - 18. Oktober 2019 sowie die Kampagne "30 Jahre UN Kinderrechtskonvention" im Laufe des Jahres 2019
3199/2018

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

. / .

5.2 Neue Anträge

. / .

6 Schriftlichen Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

- 6.1.1 Nutzerkreis und Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets
AN/0780/2018

zu 6.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend Nutzerkreis und Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets
3305/2018

- 6.1.2 Frisches Kochen in Kitas
AN/1260/2018

- 6.1.3 Werbung der Bundeswehr in Schulen, Jugendzentren und weiteren Einrichtungen

zu 6.1.3 Werbung der Bundeswehr in städtischen Schulen und Jugendeinrichtungen
3310/2018

6.2 Neue Anfragen

. / .

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

- 7.1.1 Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen aus der Sitzung vom 12.06.2018 zu den Auswirkungen des Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zum Bundesteilhabegesetz auf die Kinder- und Jugendhilfe in Köln
3212/2018

7.2 Neue Anfragen

- 7.2.1 Mündliche Anfrage von Herrn Gümüs (Jugendamtseaternbeirat der Stadt Köln)
- 7.2.2 Mündliche Anfrage von Frau Dr. Butterwegge (Fraktion Die Linke.)

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

- 8.1.1 Mitgliederwechsel im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
3001/2018

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

- 8.2.1 Aktueller Sachstand zum online gestützten Vormerkverfahren "Little Bird"
3285/2018
- 8.2.2 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung "Mini Club integrative Kita", Geisbergstraße 139, 50939 Köln
2649/2018

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

. / .

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Tag der Jugend im Rathaus 2018
3268/2018

8.4.2 Sachstandsbericht zur Planung des Wasserspielplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Vogelsanger Straße und Venloer Straße in Köln Neustadt-Nord
3295/2018

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Stellenverlagerung in der kommunalen Schulsozialarbeit
3173/2018

8.5.2 Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss vom 28.06.2018
hier: Entwicklung von Grundstücken des Bundes
2294/2018

8.5.3 Ergänzung der Mitteilung 2768/2018 „Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmen des Integrationsbudgets“ zu den Maßnahmenempfehlungen Nr. 6 bis 8 und 10
3515/2018

8.5.4 Übersicht der Bildungsangebote für 16-25 Jährige aus dem Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
3506/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)

9.1 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

. / .

9.2 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

. / .

9.3 Beschlussempfehlungen an den Rat

. / .

10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

10.1 Frühere Anfragen

. / .

10.2 Neue Anfragen

. / .

11 Nichtöffentliche Mitteilungen

. / .

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Herr Bürgermeister Dr. Heinen benennt Frau Laufenberg, Frau Schultes und Herrn Klausing als Stimmzähler.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Da heute keine Mitglieder der Bezirksschülerinnen- und -schülervertretung anwesend sind, entfällt die Notwendigkeit dieser Beschlussfassung.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden nicht abgegeben.

1.4 Präsentationen

1.4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018

und

4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3067/2018

Frau Beigeordnete Dr. Klein erinnert, dass die letzte Spielplatzbedarfsanalyse 2011 veröffentlicht worden sei. Die aktuelle Spielplatzbedarfsanalyse sei daher sehnlichst erwartet worden. Da die Kooperation im Rahmen der Spielplatzbedarfsplanung mit den Bezirken gut sei, könne von einer hohen Akzeptanz der Vorschläge ausgegangen werden. Mit Blick auf die Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Stadt erachte sie die Spielplatzbedarfsplanung als ein wichtiges Instrument für die qualitative und quantitative Ausstattung der Stadt mit Spielflächen.

Zielsetzung sei es, einen Richtwert von zwei Quadratmetern Spielfläche pro Einwohnerin und Einwohner festzulegen. Im Planungsprozess neuer Baugebiete müssen Flächen für Familien, Kinder und Jugendliche, die sich an dem Richtwert orientieren, zukünftig als feste Planungsgrößen berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der Qualität bereits bestehender Spielplätze stellt Frau Beigeordnete Dr. Klein fest, dass der Spielwert sichtbar gestiegen sei. Seit der letzten Spielplatzbedarfsanalyse 2011 seien 417 Maßnahmen umgesetzt worden.

Kinder und Jugendliche haben ein nicht verhandelbares Recht auf Freiräume im öffentlichen Raum. Der Spielplatzbereich stehe wie kein anderer Bereich für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, denn alle neuen Spielplätze entstehen unter deren Beteiligung.

Durch die Partizipation verändere sich die Haltung der Kinder und Jugendlichen zu den Spielplätzen, mit denen nach der Fertigstellung letztendlich auch sorgsamer umgegangen werde.

Bei der Planung eines Spielplatzes gebe es verschiedene Standards, die unbedingt berücksichtigt werden müssen. Der Bau eines Spielplatzes sei in dieser Hinsicht mit dem Bau eines Eigenheimes vergleichbar, wo beispielsweise zu Beginn eine Baugenehmigung eingeholt und eine Vielzahl von Auflagen erfüllt werden müssen.

60 Prozent aller Spielplätze verfügen über eine Spielplatzpatin oder einen Spielplatzpaten. Überwiegend seien es Anwohnerinnen und Anwohner, die sich um den Spielplatz vor der Haustüre kümmern und nach dem Rechten sehen. Die Verwaltung wertschätze das Engagement der Spielplatzpatinnen – und paten sehr und stehe begleitend zur Seite.

Mit Blick auf die Bolzplätze und Trendsportarten weist Frau Beigeordnete Dr. Klein auf die große Schnittstelle zwischen Spielplatzbedarfsplanung und Sportentwicklungsplanung hin. Da in Köln die Skater- und BMX-Szenen stark vertreten seien, profitiere man von einer hohen Fachlichkeit. Am Beispiel der Skateranlage am Rheinauhafen sei deutlich zu erkennen, dass die Beteiligung der Jugendlichen bei der Planung deren Verantwortungsbewusstsein für die Anlage steigere.

Frau Baars, Frau Böttger und Frau Heinemann der Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung des Jugendamtes stellen die Präsentation zur Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 vor.

Frau Baars beginnt die Präsentation mit dem Hinweis, dass es sich nicht allein um die Spielplatzbedarfsplanung, sondern ebenfalls um die Planung von Flächen und Aktionsprogrammen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum handele. Im Vorfeld der Bedarfsplanungen haben sich Frau Böttger und Frau Heinemann mit den einzelnen Bezirksvertretungen hinsichtlich deren Wünschen und Empfehlungen ausgetauscht. Somit sei davon auszugehen, dass nur eine geringe Anzahl von Änderungswünschen geäußert werde.

Sollte dies der Fall sein, werde eine Mitteilung den Jugendhilfeausschuss erreichen, die auch dem Rat weitergegeben werde. Die Planung sei in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitektinnen und –architekten sowie Menschen aus den flankierenden Bereichen der sozialen Arbeit erfolgt.

Frau Heinemann erklärt, dass im Beschlussstrang des Rates der quantitative Richtwert, die Planungsprinzipien sowie die Qualitätsstandards festgelegt werden.

Hingegen werden im Beschlussstrang der Bezirksvertretung die bezirklichen Maßnahmen, wie beispielsweise die durch das Jugendamt mittels Spenden, Investoren oder Fördermittel initiierten Maßnahmen oder die bezirklichen Beschlüsse aufgelistet.

Frau Böttger ergänzt, dass von den 417 umgesetzten Einzelmaßnahmen, 38 Neuanlagen von Spielplätzen seien.

Der größere Anteil stelle die Umgestaltung von Spielplätzen und die Ersatzbeschaffungen dar, aus dem die deutliche Steigerung des Spielwertes resultiere. Die Flächenproblematik habe sich seit 2015 kontinuierlich verschärft.

Frau Heinemann berichtet, dass sich der Standard der Spielplätze in letzten Jahrzehnten sehr verändert habe. Die Ermöglichung sportlicher Aktivitäten und die Schaffung von Aufenthaltsräumen für Jugendliche habe mehr an Bedeutung gewonnen. Der avisierte Richtwert von zwei Quadratmetern Spielfläche pro Einwohnerin und Einwohner werde dem größeren Bedürfnis älterer Kinder und Jugendlicher nach Raum gerecht.

Aufgrund der Flächenkonkurrenzen sei die Qualität der Spielplätze verstärkt in den Fokus gerückt. Die Begehungen der Spielplätze erfolgen unter Berücksichtigung eines umfangreichen Kriterienkatalogs. Für die Optimierung des inklusiven Standards der Spielplätze habe man den fachlichen Beistand verschiedener Organisationen in Anspruch genommen.

Zu dem Thema Inklusion erfolge aufgrund seiner besonderen Bedeutung eine gesonderte Mitteilung, die dem Jugendhilfeausschuss zu gegebener Zeit zur Kenntnis gegeben werde. Eine Mitteilung zum Thema Trendsport sei ebenfalls in der Vorbereitung.

Frau Böttger ergänzt, dass in einigen Stadtteilen, wie beispielsweise der Innenstadt, es aufgrund der Verdichtung unmöglich sei, weitere Spielflächen zu schaffen. In diesen Fällen müsse im Dialog mit den Bezirksvertretungen nach multifunktionalen Alternativen und Möglichkeiten der qualitativen Steigerung des Spielwertes gesucht werden.

Frau Baars erklärt, dass die Spielplatzbedarfsplanung in ihrer Chronologie laufend angepasst werden müsse, da im Rahmen dieses Prozesses Förderprogramme des Landes, des Bundes und der Europäischen Union berücksichtigt werden müssen, die wiederum an Fristen gebunden seien. Der Zufluss von zweckgebundenen Spendengeldern, wie etwa von der Lukas-Podolski-Stiftung, oder unerwartete Ersatzbeschaffungen wegen Gefährdung, seien ebenfalls nicht vorhersehbar.

An dieser Stelle bedankt sie sich für die Schaffung zweier Stellen für Landschaftsarchitektinnen und -architekten sowie die bereitgestellten Gelder im Haushalt des Jahres 2019. Die Erfolge werden ab den Jahr 2020 festzustellen sein. Sie erwarte, aufgrund der Schwierigkeiten geeignete Bewerber zu finden, ein länger andauerndes Verfahren. Ausgedehnte Lieferzeiten bei Spielgeräten, Fremdvergaben sowie ein aufwändiges Genehmigungsverfahren verzögern die Umsetzung der Spielplatzbedarfsplanung ebenfalls.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt der Abteilung Kinderinteressen und Jugendinteressen des Jugendamtes sowie Frau Beigeordneter Dr. Klein herzlich für die vorbildliche Arbeit.

Frau Passavanti dankt für die gute Arbeit und Dokumentation im Bereich der Spielplatzbedarfsplanung. Sie ergänzt, dass das Gremium Barrierefreies Bauen der Behindertenpolitik zum Thema Inklusion einen Kriterienkatalog zum barrierefreien Spielplatzbau erarbeitet habe. Zu gegebener Zeit werde dieser Kriterienkatalog im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Frau Schnabel drückt ebenfalls ihren Dank aus. In Bezug auf die Aussage von Frau Beigeordneter Dr. Klein zu dem Recht der Jugendlichen auf Aufenthalt im öffentlichen Raum fragt sie nach der Zukunft des AZ Köln sowie dem Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“.

Herr Pöttgen dankt im Namen der SPD-Fraktion für die Arbeit und den informativen Vortrag. Die Vorstellung sei nach langer Wartezeit fristgerecht erfolgt.

Er erachte das neu eingeführte Verfahren, das den Bezirken ein höheres Maß an Verantwortung übertrage, für gut.

Der Jugendhilfeausschuss dürfe sich jedoch nicht wohlgefällig in der Hoffnung zurücklehnen, dass die Aufgabe auch ohne sein Zutun erfüllt werde. Es gebe eine Vielzahl von Konflikten in Stadtteilen mit großer Bedarfslage wie beispielsweise Ehrenfeld, in denen freie Flächen nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Stadtteil Neuehrenfeld habe bereits bei der Spielplatzbedarfsanalyse 2011 im Schlussfeld gelegen. Der Jugendhilfeausschuss sei gefordert, diese Konflikte an den Stadtrat heranzutragen und eine Lösung zu finden. Das Problem habe sich verschärft und müsse zur Kenntnis genommen werden. Man müsse mit Blick auf das Ziel der Schaffung multifunktionaler Flächen unbedingt weiterhin in der Diskussion bleiben. Er werde sich über eine Mitteilung zum Sachstand freuen.

Er merkt kritisch an, dass es noch eine Vielzahl abzuarbeitender Aufgaben aus der Spielplatzbedarfsplanung 2011 gebe. In Bezug zu der Aussage Frau Baars hinsichtlich der immer neuen Anpassung der Zeitachse, die unter anderem durch Drittmittelgeber diktiert werde, empfehle er realistische Pläne zu erstellen. Dies beinhalte eine flexible Personalreserve, die sich an den Erforderlichkeiten der jeweiligen Situation orientiere.

Frau Schmerbach regt an, Multifunktionsflächen in einem höheren Maße als bisher inklusiv und generationsübergreifender zu gestalten. Gemeint seien nicht nur Sitzgelegenheiten, sondern generationsübergreifende Möglichkeiten zur Bewegung und dem gemeinsamen Spiel.

Frau Kessing stellt fest, dass die hier dargestellte Flächenkonkurrenz das Top-Thema einer verdichteten Stadt sei. Da Multifunktionalität eine effektive Nutzung von Flächen bedeute, habe sie sich über den Hinweis gefreut, dass Schulhöfe in diesem Zusammenhang möglicherweise genutzt werden können. Da die Öffnung der Schulhöfe kontrovers diskutiert werde, frage sie, wie die Verwaltung dieses Thema anzugehen gedenke und ob Vorschläge zu erwarten seien.

Sie schlage Modellversuche in den verschiedenen Stadtbezirken und Schulformen vor. Mit der Veröffentlichung der Leitlinien sei die Verwaltung zum Handeln aufgefordert.

Die Nutzung von Wegen und Straßen sei hingegen ein Thema für den Stadtentwicklungsausschuss.

Weiter interessiere sie, wie Partizipation bei der Spielplatzbedarfsplanung konkret aussehe. Sie wünsche sich zudem die Abbildung des Partizipationsprozesses in den entsprechenden Vorlagen.

Im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sei der Wunsch einer Tagesmutter nach größerer Nutzbarkeit der Spielplätze für die Altersklasse der unter Dreijährigen thematisiert worden. Sie frage, ob sie es richtig verstanden habe, dass Spielplätze Angebote für alle Altersklassen vorsehen und von Kindern jeden Alters nutzbar seien.

Mit Blick auf die Spielplatzbedarfsplanung 2018 stellt sie abschließend fest, dass die Politik die Wichtigkeit des Themas erkannt und Personalressourcen und Gelder zur Verfügung gestellt habe, um eine Beschleunigung des Prozesses zu erreichen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen berichtet, dass die Frage der Flächenkonkurrenz in den verschiedensten Ausschüssen thematisiert werde. Die Öffnung der Schulhöfe gehe mit einem langwierigen Prozess einher und sei bereits Thema verschiedener Anträge gewesen und vor Jahren beschlossen worden.

Er bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zu Bestand- und Neubauprojekten sowie um Mitteilung, ob Unterstützung benötigt werde.

Frau Dr. Butterwegge dankt herzlich für die arbeitsreiche Vorlage. Sie bittet um eine exemplarische Skizzierung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung eines Spielplatzes.

Insbesondere interessiere sie, ob die bereitgestellten Gelder genügen, und wie die Verteilung auf die verschiedenen Stadtteile erfolge. Sie fragt, wie die gesamtstädtische Bedarfsplanung gesteuert werde. Zudem erkundigt sie sich, wie man sich Multifunktionalität in diesem Zusammenhang vorzustellen habe.

Herr Clemens zeigt sich beeindruckt. Er plädiert für die Unterstützung der Bezirksvertretungen. Er stelle in der Evaluation der Bedarfe eine Diskrepanz fest, da beispielsweise der Kölnberg und die dortigen Spielplätze, die nicht mehr zeitgemäß seien, keinerlei Erwähnung finden.

Ihn interessiere, wie die Partizipation in diesem Stadtteil ermöglicht worden sei. Er fragt, ob die dort ansässigen unterschiedlichen relevanten Gruppen in den Dialog mit einbezogen worden seien.

Er wünsche sich eine andere Gewichtung der Merkmale des Kriterienkatalogs. Die Konzentration auf die Quadratmeterzahl reduziere den Erfolg. Am Kölnberg und in Finkenberg leben mehr Kinder als offiziell bekannt sei. Besondere Bedarfslagen müssen eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Zum Thema Multifunktionsflächen rate er zu einer Aufteilung der Räume, um Konflikte zwischen den unterschiedlichen Altersklassen zu vermeiden.

Frau Laufenberg dankt im Namen der FDP-Fraktion für die aktualisierte Bedarfsplanung und begrüßt das Mitspracherecht der Bezirksvertretungen. Es gebe Stadtteile, die noch auf die Umsetzung der Spielplatzbedarfsplanung warten, wie beispielsweise Porz. Sie fragt nach dem zeitlichen Durchschnittswert bis zur Fertigstellung eines Spielplatzes. Hinsichtlich der Bewerbungen von Spielplatzpatinnen und -paten fragt sie nach der jährlichen Zuwachsrate seit 2011.

Sie freue sich auf die gesonderte Mitteilung zum Thema Inklusion und der Realisierung barrierefreier Spielplätze. Sie wünsche sich einen barrierefreien Spielplatz für jeden Stadtteil.

Frau Beigeordnete Dr. Klein dankt den Vorrednerinnen und Vorrednern für die wertschätzenden Beiträge. Sie erachte die vorliegende qualitativ hochwertige Spielplatzbedarfsplanung für eine derart große Stadt wie Köln als eine besondere Leistung.

Das Thema Öffnung der Schulhöfe sei bereits vielfach diskutiert worden, da dem Wunsch nach Öffnung der Schulhöfe zentrale Fragen wie Zuständigkeiten hinsichtlich Instandsetzung und Reinigung aus dem Bereich der Schulen gegenüber stehen. Es gebe durchaus Beispiele mit Modellcharakter aus anderen Kommunen. Das Thema sei in der Sportentwicklungsplanung verortet.

Die geplanten Modellprojekte werden zu Beginn des Jahres 2019 im Sportausschuss vorgestellt. An den neuen Standorten Rondorf und Deutz sei geplant, das Schulareal und die Umgebung als Bewegungsraum für Jugendliche und junge Erwachsene modellhaft zu entwickeln. Erfahrungswerte müssen gesammelt werden. Die Öffnung der Schulhöfe erfordere zweifellos zusätzliche Personalressourcen. Hinsichtlich der Ressourcen stellt sie fest, dass man durch die zusätzlich bereitgestellten Mittel im Haushalt 2019 und der Zusetzung von Stellen in einer guten Ausgangssituation sei.

Hilfreich sei jedoch ein Beschluss zum Richtwert der zwei Quadratmeter Spielfläche pro Einwohnerin und Einwohner, damit dieser zukünftig in Neubaugebieten zum Tragen komme.

Der Wert, der sich an der Untergrenze der Empfehlung befinde, sei keineswegs zu hoch angesetzt. Es bestehe ein Nachholbedarf, da der Richtwert von zwei Quadratmetern Spielfläche pro Einwohnerin und Einwohner zur Zeit leider nicht erreicht werde.

Es sei als ein großer Fortschritt zu werten, wenn man sich dazu entschieße, gemeinsam für die Einhaltung dieses Richtwerts im Stadtentwicklungsausschuss zu streiten.

An dieser Stelle bittet **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** die Diskussion kurz zu unterbrechen und Frau Blümel das Wort erteilen zu dürfen, da sie sich in der heutigen Sitzung vom Jugendhilfeausschuss verabschieden wolle und anderweitig noch terminlich verpflichtet sei.

Frau Blümel stellt fest, dass sie 35 Jahre ihres Lebens in Ausschüssen zum Wohle der Jugendhilfe mitarbeiten habe dürfen. Sie betont die Wichtigkeit des Jugendhilfeausschusses, durch den das Hilfesystem an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt werde.

Gute Lösungen werden auf diese Art erzielt, aufgrund fehlender finanzieller und personeller Ressourcen oft im Rahmen von langwierigen Prozessen. Sie sei von dem System überzeugt und denke, dass es kein besseres gebe.

Sie spare sich Rückblicke und bedanke sich für die gute Zusammenarbeit mit Politik, Trägern und Verwaltung.

Sie ziehe sich früher als geplant in den Vorruhestand zurück, da ihr Arbeitsverhältnis im Diakonischen Werk aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen zur Zukunft des Diakonischen Werkes aufgelöst worden sei. Sie freue sich auf die Türen, die sich öffnen, wenn sie sich an anderer Stelle schließen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt Frau Blümel im Namen des Jugendhilfeausschusses für Ihre Arbeit. Er schätze und bedanke sich für die Kontinuität ihrer Mitarbeit, die in heutiger Zeit nicht selbstverständlich sei.

Herr Glaremin beantwortet die Fragen der Vorrednerinnen und Vorredner.

Zum Thema Flächenproblematik erklärt er, dass es nicht beabsichtigt sei, die Bezirke bei der Lösung dieses Problem allein zu lassen. Es gehe allein um die Prioritätensetzung vor Ort. Der Richtwert führe zu einer Selbstverpflichtung der Stadt. Zur Zeit betrage der Wert an Spielfläche 1,17 Quadratmeter pro Einwohnerin und Einwohner.

Bezüglich der Umsetzung fehle es nicht an finanziellen, sondern personellen Ressourcen.

Er stellt fest, dass 60 Prozent der Spielplätze über Spielplatzpatinnen und –paten verfügen. Dieser Prozentsatz halte sich konstant.

In Bezug auf die Statistik weist er darauf hin, dass 78.000 Quadratmeter an Spielfläche in den letzten Jahren neugeschaffen worden seien. Von den 417 umgesetzten Einzelmaßnahmen seien 38 Neuanlagen. In der Umsetzung unterscheide sich eine Neuanlage erheblich von einer Umgestaltung oder Ersatzbeschaffung, die jedoch allesamt mit einer Erhöhung des Spielwerts einhergehen. Es müsse geprüft werden, wie auch auf engem Raum durch attraktive Spielgeräte eine hohe Spielqualität erreicht werden könne. Der Anbietermarkt verfüge mittlerweile über eine interessante Auswahl.

Zum Thema Multifunktionalität berichtet er, dass man sich um eine Berücksichtigung aller Altersgruppen bemühe. Konkurrenzsituationen müssen bereits im Vorfeld baulich entschärft werden.

Er versichert, die sozialen Brennpunkte im Blick zu haben. Die Abbildung der Partizipation werde man in den zukünftigen Vorlagen gerne aufnehmen.

Frau Heinemann versichert, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als sehr wichtig erachtet werde, wenngleich sie nicht abgebildet worden sei. Die Einbindung der Spielplatzpatinnen und -paten, Kitas, Jugendeinrichtungen sowie Schulen erfolge konsequent. Es finden meistens mehrere Treffen statt, da die verschiedenen Nutzergruppen oftmals zu groß seien. Im Rahmen dieser Zusammenkünfte werden die Kinder und Jugendlichen informiert und Diskussionen provoziert. Im Vorfeld finde häufig eine Begehung statt, innerhalb derer die Kinder und die Jugendlichen beispielsweise Ausmessungen vornehmen dürfen.

Sie bittet zu bedenken, dass ein Spielplatz Kindern eine Herausforderung bieten müsse. Es sei langweilig für Kinder, wenn sie jedes Spielgerät ohne Übung sofort nutzen können. Daher finden verschiedene Schwierigkeitsgrade Berücksichtigung, die nach Altersgruppen normiert seien.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass vor dem Hintergrund der neuen Zuständigkeitsordnung die Bezirke beauftragt seien, sich vor Ort um die Klärung der Detailfragen zu bemühen. Wünschenswert sei eine Rückmeldung, wie diese Aufgabe durch die Bezirke wahrgenommen werde.

Herr Clemens freut sich über die Wahrnehmung der Konfliktlinie hinsichtlich der Öffnung der Schulhöfe. Er verstehe die berechtigten Ängste der Schulleitungen vor Vandalismus und Verschmutzung.

Eine Lösung könne die Erhöhung der Ressourcen der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter nachmittags und am frühen Abend darstellen.

Auf diese Weise entstehe eine begleitete Spielsituation auf den Schulhöfen, die zwar mit Kosten verbunden sei. Aber im Gegenzug werden Spielflächen in Räumen gewonnen, in denen der Aufbau von Spielraum aufgrund der Verdichtung nicht mehr möglich sei.

Er widerspricht der Einschätzung Herrn Glaremins, die sozialen Brennpunkte im Auge zu haben. In bestimmten Bezirken erweise sich die Gestaltung der Partizipation verschiedener Bevölkerungsschichten als sehr schwierig. Die den Streetworkerinnen und Streetworkern zugeordnete Brückenfunktion erziele dort noch nicht den gewünschten Erfolg. Somit bestehe die Gefahr, dass die Anliegen bestimmter Bevölkerungsgruppen gar nicht erst den Weg in die Beratungen der Bezirksvertretungen finden und somit auch im vorliegenden Katalog nicht bedacht werden. Es freue ihn daher, dass die Möglichkeit bestehe, weitere Punkte in den Katalog aufnehmen zu können.

Frau Jahn spricht sich in diesem Zusammenhang gegen eine begleitete Spielsituation aus, zumal die Aufgabe der Schulsozialarbeit anders definiert sei.

Sie kritisiert die zeitliche Planung der vorgesehenen Modellprojekte in Rondorf und Deutz. Erfahrungen können bereits in Bestandsschulen gesammelt werden.

Andere Kommunen, wie beispielsweise Bielefeld, zeigen, dass es funktioniere. Eine zeitnahe Lösung sei erforderlich.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen schließt sich Frau Jahn an und bittet die Verwaltung nach gegenwärtigen Pilotprojekten zu suchen, die bereits früher realisiert werden können.

Frau Schnabel erklärt ihre Frage nach der Zukunft des AZ Köln sowie dem Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“ als noch nicht beantwortet.

Frau Quilling bittet die Notwendigkeit von Spielfläche für das Flüchtlingshaus Rondorf zu berücksichtigen. Weiter interessiere sie die Rückmeldung der Kinder zum Spielwert der Geräte.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt zu, die Bitte Frau Quillings an das zuständige Amt für Wohnungswesen zu übermitteln.

Zu der Frage Frau Schnabels nach der Zukunft des AZ Köln sowie dem Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“ erklärt sie, dass es sich hierbei nicht um eine Frage der Spielplatzbedarfsplanung handele.

Herr Glaremin antwortet Frau Quilling, dass der Spielwert nur subjektiv fassbar sei. Eine Rankingliste der Spielgeräte existiere nicht.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt den Anwesenden für die zahlreichen Wortmeldungen, die intensive Debatte sowie die verschiedenen Anregungen.

Herr Klausning erklärt, dass er die Beantwortung der Frage Frau Schnabels nach der Zukunft des AZ Köln sowie dem Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“ als unglücklich gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern der hier anwesenden Jugendverbände erachte. Das Thema Freiräume für Jugendliche passe inhaltlich zu der Diskussion. Daher bitte er, wertschätzend mit derartigen Fragen umzugehen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht darauf aufmerksam, dass die Diskussion um das AZ Köln in den Medien und verschiedenen Zirkeln intensiv geführt worden sei. Es sei thematisch nicht mit der Spielplatzbedarfsplanung verbunden und übersteige zudem die Zuständigkeit.

Herr Clemens findet den Hinweis von Herrn Klausning gut. Der Rückbezug zur Jugendarbeit sei gegeben. Er empfiehlt Frau Schnabel einen separaten Antrag zum Thema AZ Köln.

Als nächstes stellt **Herr Bürgermeister Dr. Heinen**, wie bereits zu Beginn der Sitzung angekündigt, Tagesordnungspunkt 4.1, gefolgt von den Tagesordnungspunkten 3.1 bis 3.9, zur Beratung und Abstimmung.

Anmerkung:

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3067/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 – Richtwert, pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum“ als Rahmenplanung, die den Aktivitäten zur weiteren bedarfsgerechten Ausgestaltung des wichtigen Themenfeldes zugrunde liegt.
- (2) legt einen Richtwert von 2 qm Nettospielfläche je Einwohner*in als zukünftige quantitative Planungsgröße für Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im Rahmen zukünftiger Bebauungsplanverfahren und auch im Sinne einer Selbstverpflichtung in Planungsverfahren nach § 34 BauGB (hier ab einer Flächengröße von 3.000 qm) fest. Die genannte Flächengröße orientiert sich daran, dass die Verwaltung die Bezirksvertretungen vereinbarungsgemäß über Verfahren nach § 34 BauGB ab dieser Größe unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Innenstadt zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3227/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Innenstadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Innenstadt

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Innenstadt.“
- (2) Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.2 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmen für den Stadtbezirk Rodenkirchen zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3229/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Rodenkirchen“
- (2) Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen

- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.3 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Lindenthal zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3230/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Lindenthal, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Lindenthal

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Lindenthal.“
- (2) Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.4 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Ehrenfeld zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3233/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Ehrenfeld, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Ehrenfeld.“
- (2) Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

**3.5 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Nippes zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3235/2018**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Nippes

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Nippes.“
- (2) Die Bezirksvertretung Nippes beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen

- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.6 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Chorweiler zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3237/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Chorweiler, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Chorweiler

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Chorweiler.“
- (2) Die Bezirksvertretung Chorweiler beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.7 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Porz zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3239/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Porz, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Porz

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Porz.“
- (2) Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

3.8 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Kalk zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3240/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Kalk, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Kalk

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Kalk.“
- (2) Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.

- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

**3.9 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Mülheim zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3241/2018**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Mülheim, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Mülheim

- (1) beschließt die „Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum für den Stadtbezirk Mülheim.“
- (2) Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen in den Folgejahren.
- (3) Mindestens einmal jährlich erörtert die Bezirksvertretung mit der Kinder- und Jugendverwaltung den Umsetzungsstand und nimmt Nachjustierungen vor.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Kindertagesstätte St. Josefshaus e.V." 2250/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Kindertagesstätte St. Josefshaus e.V.“, An der Eiche 15, 50678 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung anwesend.

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

Es stehen keine Beschlussvorschläge zur Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen zur Abstimmung.

2.3 Weitere Beschlüsse

Es liegen keine weiteren Beschlussvorlagen vor.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Innenstadt zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 3227/2018

- 3.2 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmen für den Stadtbezirk Rodenkirchen zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3229/2018
- 3.3 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Lindenthal zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3230/2018
- 3.4 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Ehrenfeld zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3233/2018
- 3.5 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Nippes zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3235/2018
- 3.6 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Chorweiler zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3237/2018
- 3.7 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Porz zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3239/2018
- 3.8 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Kalk zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3240/2018
- 3.9 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Maßnahmenplanung für den Stadtbezirk Mülheim zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3241/2018

Die Tagesordnungspunkte **3.1 bis 3.9** wurden im Anschluss an Tagesordnungspunkt **4.1** beraten und abgestimmt.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3067/2018

Der Tagesordnungspunkt **4.1** wird unmittelbar nach der Präsentation unter Tagesordnungspunkt **1.4.1** beraten und abgestimmt.

- 4.2 **Kooperation mit UNICEF Europe und UNICEF Deutschland zur Durchführung des Gipfels "International Child Friendly Cities" vom 15. - 18. Oktober 2019 sowie die Kampagne "30 Jahre UN Kinderrechtskonvention" im Laufe des Jahres 2019**
3199/2018

Herr Stutzer gefällt der große Rahmen der Veranstaltung und der damit verbundene starke Symbolwert. Er fragt, ob geplant sei, zusätzliche Mittel für die Kampagne bereitzustellen.

Weiter interessieren ihn die inhaltlichen Ziele des Gipfels.

Herr Glaremin berichtet, dass die inhaltlichen Planungen des Kongresses gerade anlaufen. Um gemeinsam Ideen zu sammeln, seien Jugendliche nach Genf zu UNICEF eingeladen worden. Es gehe darum, wie die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Handeln in einem internationalen Kontext sichtbar gemacht werden.

Der Kongress beinhalte eine zweitägige Fachveranstaltung. Am dritten Tag versammeln sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kinderfreundlichen Kommunen und verlesen eine gemeinsame Erklärung.

Die Verwaltung behalte aber auch das Engagement und die geplanten Maßnahmen für die Kinderrechte im Rahmen der Kinderfreundlichen Kommune im Blick.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Planungen für 2019 im Leitprojekt des Dezernates für Jugend, Bildung und Sport „Kinder- und jugendfreundliches Köln“ zur Kenntnis und beschließt die Durchführung des Gipfels "International Child Friendly Cities" in Kooperation mit UNICEF Europe und UNICEF Deutschland sowie die Durchführung der Kampagne „30 Jahre UN Kinderrechtskonvention“.

Die in 2019 erforderlichen Mittel in Höhe von 250.000 Euro stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2019 – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker (Caritasverband Köln e.V.) und seine Vertreterin Frau Kleine (SKF e.V.) waren nicht anwesend.

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

Es liegen keine früheren schriftlichen Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vor

5.2 Neue Anträge

In dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses werden keine neuen schriftlichen Anträge gestellt.

6 Schriftlichen Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

6.1.1 Nutzerkreis und Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets AN/0780/2018

zu 6.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend Nutzerkreis und Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets 3305/2018

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge stellt fest, dass es der Fraktion Die Linke. mittels dieser Anfrage nicht gelungen sei, die gewünschten detaillierten Informationen über die Relation der tatsächlichen Inanspruchnahmen und der Anzahl der grundsätzlich Berechtigten zu erhalten. Es gebe eine Vielzahl unbekannter Größen, wie beispielsweise die Anzahl der Schulkinder oder Kitakindern mit Anspruch auf Zuschuss auf das Mittagessen, die nicht berücksichtigt worden seien.

Die vorliegenden Zahlen geben ihr Anlass zu Besorgnis, da offensichtlich die Leistungen bei einem Großteil der Berechtigten nicht ankommen.

Circa 38.000 Kinder unter 18 Jahren beziehen Sozialleistungen. Abzüglich der Summe der unter Sechsjährigen, sei von 24.700 Kindern im Alter zwischen 6 und 17 Jahren im SGBII-Bezug auszugehen.

Gut angenommen werde die Unterstützung für den Schulbedarf, wie sich aus der Zahl der 19.400 bewilligten Anträge ablesen lasse. Die Nutzung des Zuschusses für das Mittagessen manifestiere sich in immerhin noch 17.000 bewilligten Anträgen. Es seien 14.000 Anträge auf Bezuschussung von Klassenfahrten bewilligt worden. Die Zahlen seien mit Sicherheit steigerungsfähig. Die Leistungen zur Sicherung der sozialen und kulturellen Teilhabe seien hingegen sehr wenig beantragt worden, wie 2700 bewilligte Anträge bestätigen.

Sie fragt, wie die Inanspruchnahme der Leistungen für außerschulische Lernförderung und die Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe strategisch gefördert werden können.

Ähnlich drastische Zahlenrelationen zeichnen sich bei dem Nutzerkreis der asylbewerberleistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 17 Jahren ab, deren Anzahl bei circa 4900 liege. 2200 Anträge auf Schulbedarf, 1900 Anträge auf Zuschuss für das Mittagessen, 1530 Anträge auf Förderung von Ausflügen seien bewilligt worden.

Sie möchte wissen, wie die Kinder und Jugendlichen auf das Recht der Beantragung der Leistungen aus dem Bildung und Teilhabe Pakets hingewiesen werden, und wie das Verfahren gegebenenfalls verbessert werden könne.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erinnert, dass schon zu Beginn der Planung der Förderung des Bildungs- und Teilhabepakets der hochschwellige Charakter von zahlreichen Fachleuten kritisiert worden sei, da die Leistungen einzeln beantragt und befristet bewilligt.

Der Adressatenkreis zeichne sich durch multiple Problemlagen aus, die eine Antragstellung erschweren. Die Situation sei vergleichbar mit dem Bild eines Brotkorbes, der zu hoch hänge.

Die Unterstützung durch die Schulsozialarbeit habe sich als hilfreich erwiesen. Ein Lösungsweg sei, die Schulsozialarbeit intensiver in den Prozess einzubinden.

Sie sagt zu, die Bitte an das zuständige Amt für Soziales und Senioren weiterzugeben. Der Grundwebfehler des Bildungs- und Teilhabepakets lasse jedoch auch damit nicht beseitigen.

6.1.2 Frisches Kochen in Kitas AN/1260/2018

Die schriftliche Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen vom 10.09.2018 wird auf die Sitzung am 27.11.2018 vertagt, da ihre Beantwortung bisher nicht vorliegt.

6.1.3 Werbung der Bundeswehr in Schulen, Jugendzentren und weiteren Einrichtungen

zu 6.1.3 Werbung der Bundeswehr in städtischen Schulen und Jugendeinrichtungen 3310/2018

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Lorenz stellt fest, dass die Verwaltung sich in der vorliegenden Beantwortung auf die *allgemeine Dienstordnung an öffentlichen Schulen (BASS 21-2 Nr. 4)* beziehe. In der Beantwortung einer Anfrage aus dem Jahre 2015 habe man Bezug auf § 99 Abs. 2 des Schulgesetzes genommen, wonach Werbung zu nichtschulischen Zwecken an Schulen grundsätzlich unzulässig sei. Die Verwaltung erkläre keinerlei Kenntnis zu Werbemaßnahmen in Schulen zu haben. Nach § 99 Abs. 1 des Schulgesetzes müsse der Schulträger über geplante Werbeaktionen informiert werden.

Er fragt, ob die Stadt als Schulträger darüber informiert werde. Falls die Stadt nicht informiert werde, interessieren ihn die Gründe.

Frau Laufenberg dankt für die Beantwortung. Die FDP-Fraktion sei sehr irritiert über die Diskussion zu diesem Thema in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses gewesen. Die FDP-Fraktion vertrete die Meinung, dass es Aufgabe der Kommunen sei, die Bundeswehr und die Polizei zu unterstützen. Die Verwaltung habe die Anfrage sachgerecht beantwortet.

Frau Jahn macht darauf aufmerksam, dass eine Nachfrage des Fragestellers zu der Beantwortung der Anfrage erlaubt sei. Eine Diskussion sei jedoch unzulässig.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bestätigt dies und bittet die Verwaltung um die Beantwortung der Nachfrage von Herrn Lorenz.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt fest, dass sich § 99 Abs.1 des Schulgesetzes Nordrhein-Westfalens auf kommerzielle Werbung und Sponsoring beziehe.

Die Bundeswehr sei wie die Industrie- und Handelskammer, oder die Handwerkskammer auf Berufsmessen vertreten, um das Angebot an Ausbildungsplätzen und Karrieremöglichkeiten vorzustellen. Sie sehe die Werbung der Bundeswehr auf der Jugendmesse „gamescom“ aus jugendrechtlicher Sicht durchaus sehr kritisch. Die Bundeswehr stelle jedoch kein kommerzielles Unternehmen dar.

Herr Stutzer als Vertreter der anfragenden Stelle fragt, ob die Stadt die Zuständigkeit der Entscheidung über Werbemaßnahmen, die bei den Schulleitungen liege, durch eine Einführung eines Zustimmungsverfahrens, ändern könne.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen verneint dies, da die Schulbeamten in der Dienstaufsicht dem Ministerium unterstehen.

6.2 Neue Anfragen

Neue schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe liegen dem Jugendhilfeausschuss nicht zur Beantwortung vor.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung vom 12.06.2018 zu den Auswirkungen des Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zum Bundesteilhabegesetz auf die Kinder- und Jugendhilfe in Köln 3212/2018

Die Beantwortung wird ohne weiteren Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Mündliche Anfrage von Herrn Gümüs (Jugendamtseaternbeirat der Stadt Köln)

Herr Gümüs erinnert an seine Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 27.02.2018 zum Sachstand „Frisches Kochen in Kitas“.

Weiter fragt er, warum die Stadt nach der Übernahme der Kita Am Hilgerskreuz das bis zu diesem Zeitpunkt praktizierte „Frische Kochen“ nicht übernommen habe.

Herr Glaremin sagt eine gesonderte schriftliche Beantwortung zu.

7.2.2 Mündliche Anfrage von Frau Dr. Butterwegge (Fraktion Die Linke.)

Frau Dr. Butterwegge bittet mit Blick auf die Freiflächen für Jugendliche um einen Sachstandsbericht zum „AZ Köln“ und dem Bauwagenprojekt „Wem gehört die Welt“.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Mitgliederwechsel im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie 3001/2018

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Aktueller Sachstand zum online gestützten Vormerkverfahren "Little Bird" 3285/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass die Effektivität des Vormerkverfahrens „Little Bird“ in bestimmten Bereichen noch ausbaufähig sei.

Frau Laufenberg erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Vormerkverfahren „Little Bird“ aufgrund seiner Historie kritisch gegenüber stehe. Mit Blick auf die angekündigte Beschlussvorlage zu den Anpassungskosten fragt sie, woraus die Kosten resultieren.

Herr Betz erklärt, dass im Laufe des Prozesses Anpassungsarbeiten erforderlich gewesen seien, die unter anderem vom Jugendhilfeausschuss beauftragt worden seien. Es handele sich um additive Aufgaben, die weder in der Planung noch in der Finanzierung zu Beginn existent gewesen seien, aber unabdingbar für die Stabilität des Systems seien.

Frau Laufenberg möchte wissen, warum diese Kosten nicht in dem diesjährigen Haushaltsplan aufgeführt worden seien.

Herr Glaremin geht von einem Missverständnis aus. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt bereits absehbar, dass die für einen Zeitraum von 10 Jahren eingesetzten Mittel für die Software nicht ausreichend seien. Es handele sich um einen Betrag von 50.000 Euro in der mittelfristigen Finanzplanung, der nicht in Zusammenhang mit der diesjährigen Haushaltsplanung stehe. Die Darstellung erfolge in der nächsten Haushaltsplanung der Verwaltung.

8.2.2 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung "Mini Club integrative Kita", Geisbergstraße 139, 50939 Köln 2649/2018

Die Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

Es liegen keine Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste vor.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Tag der Jugend im Rathaus 2018 3268/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt allen Helferinnen und Helfern. Alle seien herzlich eingeladen.

8.4.2 Sachstandsbericht zur Planung des Wasserspielplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Vogelsanger Straße und Venloer Straße in Köln Neustadt-Nord 3295/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass es sich um den Kölner Wasserspielplatz schlechthin handle, der überbezirklichen Charakter habe. Wie man in diesem Sommer sehen konnte, müsse er besonderen Anforderungen gerecht werden und sei somit sicherlich zukunftsweisend.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Stellenverlagerung in der kommunalen Schulsozialarbeit 3173/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Lorenz bedauert, dass es nun zu einer Umlagerung von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an verschiedenen Schulen komme, die die kontinuierliche Arbeit an den Schulen erschwere.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass immerhin 15 Stellen für die Schulsozialarbeit geschaffen werden. Ein Abbau der Stellen der Schulsozialarbeit stehe nicht bevor. Die Entscheidung der Landesregierung über die Anschlussfinanzierung bleibe abzuwarten.

8.5.2 Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss vom 28.06.2018

hier: Entwicklung von Grundstücken des Bundes 2294/2018

Die Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.5.3 Ergänzung der Mitteilung 2768/2018 „Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmen des Integrationsbudgets“ zu den Maßnahmenempfehlungen Nr. 6 bis 8 und 10 3515/2018

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.5.4 Übersicht der Bildungsangebote für 16-25 Jährige aus dem Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ 3506/2018

Diese Mitteilung wird ebenfalls ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Voous (Schriftführerin)